

Recht und Politik

Vierteljahreshefte
für Rechts- und Verwaltungspolitik

Kurt Biedenkopf / Philipp-Christian Wachs

**Die neue Berlin-Frage – Welche Rolle spielt
eine Hauptstadt in einem föderalen Staat?**



BWV • BERLINER WISSENSCHAFTS-VERLAG GmbH

Axel-Springer-Str. 54 b • D-10117 Berlin • Tel.: 030 / 841770-0 • Fax 030 / 841770-21
E-Mail: bwv@bwv-verlag.de • <http://www.bwv-verlag.de>

Die neue Berlin-Frage – Welche Rolle spielt eine Hauptstadt in einem föderalen Staat?

Von Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, Dresden / Dr. Philipp Christian Wachs, Hamburg

Zu den Konstanten der deutschen und europäischen Politik nach dem zweiten Weltkrieg gehörte die „Berlin-Frage“ – die Frage nach dem Überleben der Stadt während der deutschen Teilung. Die Berliner Mauer war Symbol der Teilung Deutschlands und Europas. Ihr Fall wurde weltweit als Ende der kommunistischen Diktatur und des Kalten Krieges gefeiert. Den Deutschen hat er nach der friedlichen Revolution der Bürger der DDR die nationale Einheit gebracht. Die Berlin-Frage als außenpolitisches Problem hatte sich positiv erledigt.

Die Deutsche Nationalstiftung widmet sich seit nunmehr zwei Jahren der neuen Berlin Frage, vor der das wiedervereinigte Land steht. Vierzehn Jahre nach der Deutschen Einheit ist die Republik zwar in Berlin angekommen, die Hauptstadt Berlin aber noch nicht in der Republik und ihren hauptstadtentwöhnten Köpfen. Berlin ist zwar Parlaments- und Regierungssitz geworden. Ansonsten aber ist es das Stiefkind der Nation, das zumeist negative Schlagzeilen liefert. Die neue Berlinfrage lautet deshalb: Wie passt Berlin in die Republik? Welche Rolle spielt eine Hauptstadt in einem Bundesstaat? Diese Fragen sind bislang ungelöst, der Streit in der Föderalismuskommission macht es deutlich. Die Deutsche Nationalstiftung hat bereits im Herbst 2003 mit der Studie „Berlin – was ist uns die Hauptstadt wert?“ die Diskussion zur Lage der Hauptstadt eröffnet. In diesem Jahr stellt die Stiftung die Frage, welche Rolle Berlin als Hauptstadt des Bundes und der

Länder spielen soll und welche Rahmenbedingungen dafür notwendig sind.

1949 war allen klar: Deutschlands Hauptstadt ist Berlin. Aber Berlin konnte diese Aufgabe nicht wahrnehmen, weil Deutschland in zwei Staaten geteilt war und Berlin in vier Sektoren. Also musste ein provisorischer Sitz für Parlament und Regierung bestimmt werden. Die Wahl fiel auf einen Ort, der in Deutschlands Geschichte nie eine hervorgehobene Rolle gespielt hatte, sich aber eben deshalb als Symbol des Provisorischen bestens eignete: Bonn. Bonn war Sitz von Parlament und Regierung und in diesem Sinne Hauptstadt. Die Funktion einer Hauptstadt als Bühne der Nation, als dem Ort, an dem zum Ausdruck kommt, was die deutsche Nation im innersten zusammenhält, konnte Bonn jedoch nicht übernehmen. Die Stadt am Rhein blieb wenig mehr als eine provisorische Geschäftsstelle der Republik.

Aus der Not wurde jedoch eine Tugend. Das Symbol des Provisorischen wurde umgedeutet zum Symbol der Bescheidenheit. Für viele wurde es zum Ausstieg aus der deutschen Nation. Oft, viel zu oft, war zu hören: Wir fühlen uns nicht als Deutsche, wir sind Europäer, die sich in Paris mehr zu Hause fühlen als in Leipzig. Es gab Zeiten, da hätte sich die Mehrheit der Deutschen eher über die Fußballnationalmannschaft, die gesicherte Altersvorsorge und den olympischen Medaillenspiegel definiert als durch die deutsche Nation.

Mit der Hauptstadtfrage konnte unser Land seit 1949 kaum Erfahrungen sam-

mein. Deshalb muss die Rolle der Hauptstadt neu erfunden werden. Das ist die Konsequenz der unerhörten Begebenheit von 1990, der Deutschen Einheit. Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte müssen wir einen Begriff und ein Verständnis von einer Hauptstadt entwickeln, die zur Demokratie und zum Bundesstaat passen. Dafür ist erforderlich, dass die Hauptstadtdebatte die Gräben des Stellungskrieges verlässt und die Höhe ihrer wirklichen Bedeutung gewinnt. Es geht dabei nicht um eine neuerliche Notopfer-Berlin-Diskussion. Es geht hier vielmehr um einen wichtigen Beitrag zur Inneneinrichtung der Republik. Die Deutsche Nationalstiftung will helfen, diese Diskussion zu stimulieren und voranzutreiben.

1. Europas Integration verändert den Nationalstaat und entkoppelt Staat und Nation

Berlin als Hauptstadt ist für das ganze Land eine Denk- und Konzeptaufgabe ersten Ranges. Als Hauptstadt gehört Berlin nicht mehr nur sich selbst, sondern allen Deutschen. Wir brauchen Berlin, die Hauptstadt des Bundes und der Länder, als Brennpunkt und Bühne der Nation, als den Ort, an dem auf besondere Weise zwischen dem Bund, den Ländern und Berlin zur Darstellung kommt, was uns verbindet. Wie wir mit Berlin umgehen als Stadt, als Land, als Hauptstadt - , ist eine Frage unseres Selbstverständnisses und unserer Selbstachtung als Nation. In dem, was wir von unserer Hauptstadt erwarten, zeigt sich, wie wir uns begreifen – als Staat und als Nation.

Dies ist umso wichtiger, da sich die Verbindung von Staat und Nation im Zuge der fortschreitenden europäischen Integration zunehmend relativieren wird. Deutschland wird weitere Souveränitätsrechte an Europa abgeben. Der Staat im

Sinne des englischen government – in der Art und Weise, wie er sich organisiert und regiert - verändert sich. Ein immer größerer Anteil der Gesetze kommt nicht mehr aus Berlin, die Klärung wesentlicher politischer Fragen wird immer stärker nach Brüssel und Straßburg verlagert werden. Der Nationalstaat wird mehr und mehr in eine EU „Staatlichkeit“ integriert, und die Nation bleibt, soweit sie sich nicht durch den Staat definiert.

Was im Zuge der politischen Integration dem Nationalstaat bleibt, definiert sich als „Sozialstaat“. Denn die Sozialsysteme werden auch in einem zusammenwachsenden Europa weitgehend einzelstaatlich organisiert bleiben. Die Veränderungen der Wirklichkeit durch die Demographie führen dazu, dass diese einzelstaatlich organisierten Sozialsysteme zunehmend in Gefahr geraten. Denn die Wertschöpfung, auf der diese Systeme ruhen, wandert innerhalb der EU – und weltweit – dorthin, wo sie ihre besten Bedingungen findet. Das muss nicht notwendigerweise in Deutschland sein. Die frühere Deckungsgleichheit zwischen Nationalstaat und Nationalökonomie löst sich auf.

Deutschland ist ein Bundesstaat, der von der Vielfalt seiner landsmannschaftlichen Identitäten lebt, vom kulturellen Reichtum und Wettbewerb seiner Bundesländer. Aber zugleich sind wir auch eine Nation. Wenn aber der Staat teilweise in der europäischen Integration aufgeht, die Nation jedoch nicht, gewinnt die Frage nach der Repräsentanz der Nation eine entscheidende Bedeutung für den inneren Zusammenhalt. Braucht die Nation also eine Repräsentanz in der sie sich manifestiert, und falls ja, wo liegt dieser Ort der Deutschen?

Kommt man zu dem Ergebnis, dass sich auch die Bedeutung der Nation, der nationalen Identität, durch die politische Integration Europas relativieren wird, wür-

de ein dauerhafter Ort der nationalen Einheit nicht benötigt werden. Doch dann stellte sich die Frage, welche inneren Kohäsionskräfte ein föderales Gemeinwesen angesichts der zunehmenden kulturellen Mischung und der Delegation wachsender Verantwortlichkeiten nach Brüssel und Straßburg noch haben kann und muss. Eine europäische Nation lässt sich nicht einfach herbeibeschießen. Bei *de Gaulles* Europa der Vaterländer wird es, bildlich gesprochen, auf absehbare Zeit bleiben. Europa ist viel zu sehr ein Wald von tiefwurzelnden Bäumen, als dass die nationalen Rücksichten und die regionalen Kulturen sich nicht immer wieder durchsetzen werden.

Verbunden mit der demographischen Entwicklung des Landes und dem schon heute existenten globalen Wettbewerb um die besten Köpfe eines Landes kann die Frage, was uns als Deutsche zusammen hält, sehr bald zur Frage nach der Zukunft unserer Nation und ihrer Identität werden. Dabei darf man die Zentrifugalkräfte eines falsch verstandenen Föderalismus nicht unterschätzen, der einen deutschen Bundesstaat mitunter als Staatenbund betrachtet. Der Föderalismus, der aus unserer Geschichte erwachsen ist, bedeutet nicht nur Länderhoheit, sondern auch Länderverantwortung. Er darf nicht zum Vorwand für einen Länderegoismus werden, der den nationalen Zusammenhalt schwächt und den Bundesstaat zum Staatenbund degradiert.

Nur ein einiges Deutschland kann die europäische Einigung befördern. Im Konzert der zusammenrückenden europäischen Nationen werden auch wir weiterhin gefragt werden, was wir, die Deutschen, wollen. Auch in Zukunft wird von uns, den Deutschen, erwartet, dass wir unsere Angelegenheiten in Ordnung bringen und in Ordnung halten, wie die anderen die ihren. Zu unseren Angelegenheiten gehört zuvörderst unsere Identität

als Nation. Die Nation mit einem aufgeklärten Patriotismus definiert sich durch unsere Sprache, Kultur und Geschichte - übrigens all das, was diejenigen sehen und erleben wollen, die uns deshalb besuchen.

Schon *Willy Brandts* Ansicht, Deutschland sei zwar in zwei Staaten geteilt, aber nach wie vor eine Nation, bezog sich ausdrücklich auf Deutschland als Kulturnation. Die Kulturnation wird aber heute, nach der Einheit, zu einem wichtigen, wenn nicht dem zentralen Element des inneren Zusammenhalts. Sie stiftet Identität. Sie muß auch in Erscheinung treten können als Ausdruck dessen, was uns zusammenhält. Berlin als Hauptstadt ist dieser Ort der Deutschen. Er gehört nicht mehr nur sich selbst, sondern dem ganzen Land. Auch aus Sicht der Länder unterstreicht Berlin, im wohlverstandenen föderalen Eigeninteresse, die identitätsstiftende Wirkung der Nation und verleiht ihr zusätzliche politische Legitimität als Brennpunkt der Nation, als Bühne des Bundes und der Länder. Die Länder repräsentieren die Vielfalt in der Einheit, und die Nation die Einheit in der Vielfalt. Berlin als Hauptstadt repräsentiert die Nation, die Einheit in der Vielfalt. Für die Vergangenheit und die Gegenwart ist dies schon heute der Fall. Wenn Berlin seine Rolle als geistige, politische und kulturelle Repräsentanz der Nation aktiv wahrnimmt, wird dies auch in Zukunft so sein.

2. Berlin als Ort der Erinnerung

Berlin als Ort der Erinnerung versammelt die jüngere Geschichte der Nation in all ihrer Ambivalenz. Absolutismus und Berliner Aufklärung, das hochfahrende Kaiserreich und die Blüte von Kultur und Wissenschaften, die Nazidiktatur und den Widerstand, die kommunistische Diktatur und den 17. Juni 1953. Seine

städtebauliche Gestalt hat Berlin in seiner Zeit als Hauptstadt gewonnen. Hier sind auch Preußens gute Seiten präsent. Den Glaubensflüchtlingen aus Frankreich wurden die Friedrichstadtkirche und der Französische Dom gebaut, an die Flüchtlinge aus Böhmen erinnert das Böhmisches Dorf. Demonstrativ hat Friedrich 11. bei der Prachtstraße Unter den Linden für die katholischen Staatsbürger die St.Hedwigs Kathedrale bauen lassen, Als Preußen militärisch zusammengebrochen war, wurde 1810 die Berliner Universität gegründet. Für die Revolution von 1848 fehlt noch eine angemessene Erinnerung in der Stadtmitte. Vom Reichstag aus wurde die Weimarer Republik ausgerufen. Hier sind die Erinnerungsorte der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft und die des Widerstands vom 20. Juli 1944. Vor dem Finanzministerium wird des 17. Juni 1953 gedacht. Das Brandenburger Tor war jahrzehntelang das Symbol der Teilung Berlins, Deutschlands und Europas. Aber am 9. November 1989 gingen die Bilder von der fröhlichen Nacht auf der Berliner Mauer vor dem Brandenburger Tor um die Welt.

3. Berlin als Brennpunkt der Nation

Seit 1990 ist Berlin der Ort, an dem sich die deutsche Einigung auf das Unmittelbarste und Konkreteste vollzieht, mit allen Chancen und Risiken. Berlin ist nationales Labor und Pfadfinder der Nation, hier können sich die Gegensätze und Unterschiede nicht aus dem Weg gehen. Diese Atmosphäre des Unfertigen, Werdenden, auch Chaotischen zieht kreative Köpfe an. Zuwanderer aus den östlichen Nachbarländern lassen sich hier nieder. Solche aus der Türkei leben hier bereits in der zweiten Generation. Die jüdische Gemeinde wächst. Berlin ist zu einem Brennpunkt unseres Landes geworden.

Berlin ist der Ort, an dem sich die Nation kulturell manifestiert.

Die Hauptstadt ist für das ganze Land ein wichtiges Zentrum der Meinungsbildung geworden, ein Ort, an dem sich Politik, Wissenschaft, Kultur und Fremdes unmittelbar begegnen. Was dort geschieht und wie es wahrgenommen wird, hat, im Guten wie im Schlechten, grundsätzliche Bedeutung für das ganze Gemeinwesen. Längst haben auch deshalb die Vertretungen der Bundesländer Berlin als Chance für ihre Selbstdarstellung entdeckt. Berlin ist auch das Fenster unseres Landes in die Welt. Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung sprechen von Berlin aus für das vereinte Deutschland als Ganzes auch und gerade gegenüber dem Ausland, das Deutschland über Berlin wahrnimmt. Ein föderales Land wird in besonderer Weise mit seiner Hauptstadt identifiziert. Kurz gesagt: Die Hauptstadt ist stets eine Sache des ganzen Landes, Deshalb sollten besonders überzeugte Föderalisten Berliner aus Überzeugung sein.

4. Bundesstadt, Stadt des Bundes, größte Kommune Deutschlands in einem Land Brandenburg?

Ausblicke und vier Empfehlungen

Die Frage nach Status und Rolle der Hauptstadt ist für das Land ein Novum. Deshalb hat die Deutsche Nationalstiftung ihre Erörterung im Jahr 2003 begonnen und bis heute fortgeführt. Zahlreiche Lösungen werden mittlerweile diskutiert. Soll die Hauptstadt eine Bundesstadt im wörtlichen Sinne, also in überwiegender Verantwortung des Bundes, sein? Oder soll Berlin eine föderale Hauptstadt sein, an der Bund und Länder praktischen Anteil und Verantwortung übernehmen? Nach unserer Verfassung ist Berlin eines von sechzehn Ländern. Größer als Bre-

men, aber genauso arm, Die Sicht der Länder auf Berlin ist ein Ausdruck der vom Verhandlungsföderalismus geprägten politischen Kultur. Über Finanzausgleichskriterien und Förderprogramme akzeptiert man zwar besondere Strukturmerkmale von Großstädten und verwandelt Opern, Museen, Orchester und Polizeihundertschaften in Zahlenkolonnen. Aber im Grunde kennt das System nicht die Kategorien einer Hauptstadt. Ist Berlin am Tropf des Länderfinanzausgleichs, von Verfassungswegen dauerhaft in die Rolle des missliebigen Bittstellers gedrängt, ist dies jedoch für die Länder und Berlin gleichermaßen unbefriedigend.

Erstens: Berliner Lasten nach Herkunft definieren und getrennt schultern

Die Deutsche Nationalstiftung schlägt vor, die Schulden Berlins getrennt nach teilungsbedingten, einigungsbedingten und lokal verursachten Schulden zu betrachten. In seiner Geschichte hat Berlin die Kosten seiner vielfältigen Aufgaben noch nie allein tragen können. Für die Folgen der deutschen Teilung und die Teilung der Stadt gilt dies in besonderem Maße. Deshalb gehören die ersten beiden Schuldenarten in den Erblastentilgungsfonds des Bundes. Dort sollten sie von der Solidargemeinschaft der Nation durch den Bund geschultert werden. Für den Rest muss Berlin selbst einstehen und dabei deutlich besser als bisher seine Ausgabenseite in den Griff bekommen.

Viele der Schwierigkeiten der Stadt sind hausgemacht. Aber Stadt und Land Berlin können zu Recht erwarten, dass das übrige Land sie nicht allein lässt. Die Bundesrepublik Deutschland hat Verantwortung für Berlin übernommen – als vereinter Bundesstaat und als Nation. Die Länder täten sich mit ihrer Hauptstadt sicher leichter, ginge es nicht um Hilfe für eines der sechzehn

Länder, sondern für die größte Kommune Deutschlands, die Hauptstadt. Als eine Stadt im Land Brandenburg.

Zweitens: Aufgaben und Kosten von Metropole und Kapitale trennen.

Berlin hat sich in seine Geschichte, anders als ein Stadtstaat, noch nie aus eigener Kraft gestalten und erhalten können auch nicht in den Hochzeiten der Industrialisierung. Berlin war zur Zeit der Teilung in beiden Teilen durch Subventionen verwöhnt. Es war vorauszusehen, dass deren Abbau zu Entzugerscheinungen führen musste. Berlin griff zu einer Alternative: Schulden machen. Aber es hat auch viele und vieles erhalten, was ihr als Hauptstadt und auch durch die Teilung zugewachsen ist: Eine zusätzliche Universität, eine zusätzliche Oper, ein zusätzliches Kulturzentrum. Für einen Stadtstaat sind das überzählige Dubletten. Nicht so für Deutschlands Hauptstadt. Für sie sind eine zusätzliche Oper und eine zusätzliche Universität eine willkommene Bereicherung.

Die Aufgaben Berlins als Kommune, als Land und als Hauptstadt müssen klar definiert und voneinander getrennt werden. Dies erlaubt der politischen Führung der Stadt, sich auf die schwierige Aufgabe zu konzentrieren, die größte Kommune Deutschlands ordentlich zu regieren: besser als bisher ihre Ausgabenseite in den Griff zu bekommen, ihre Privatisierungspolitik konsequent fortzusetzen, ihre in Teilen gänzlich ineffizienten – Verwaltung zu erneuern und durch eine schlanke, effiziente Verwaltung abzulösen, geprägt durch Effizienz, Leistungswille und Bürgernähe, frei von Filz und Korruption. Dies wäre ein enormer Fortschritt, der seine Signalwirkung für das Land sicher nicht verfehlen würde.

Die Aufgaben Berlins als Hauptstadt und die daraus entstehenden Kosten müssen durch den Bund übernommen werden. Der Hauptstadtvertrag muss diese laufenden hauptstadtbedingten Aufgaben und ihre Kosten festlegen. Für deren Definition könnte der Bund auf Erfahrungen aus Bonner Zeiten zurückgreifen. Auf diese Weise werden, anders als heute, die hauptstadtbedingten Kosten auch den föderalen Skeptikern transparenter und lassen sich landesweit rational begründen. Dann kann die Finanzierung der Hauptstadt mit ihren spezifischen Aufgaben Sache des Bundes und der Länder werden.

Drittens: Umzug aller Ministerien nach Berlin

Der Bundesstaat hat sich 1991 für den Umzug der Hauptstadt nach Berlin entschieden. Diese Entscheidung, durch das Grundgesetz ebenso vorgegeben wie durch die Geschichte Deutschlands und der Stadt selbst, ist zwar Wirklichkeit geworden. Sie ist aber noch nicht vollzogen. Ein wesentlicher Teil der Ministerialbürokratie residiert auf Drängen Nordrhein Westfalens weiter in Bonn. Dies ist ein Anachronismus. Er hat seine Berechtigung verloren. Er verteuert nicht nur die Kommunikation innerhalb der Verwaltung. Jede teilungsbedingte Dienstreise eines Beamten ist auch ein Symbol der Halbherzigkeit und Unentschlossenheit gegenüber der Hauptstadt. Kaum etwas ist ihrer Akzeptanz jedoch abträglicher, als die Fortdauer dieses Symbols der Unentschlossenheit. Deshalb sollten die restlichen Bundesbehörden nach Berlin umziehen. Hunderttausende haben ihr Leben nach der Einheit neu einrichten müssen. Das ist auch den Mitarbeitern der Bundesbehörden zuzumuten.

Viertens: Die Zeit drängt, ein detaillierter Fahrplan ist notwendig.

Die Zukunft Deutschlands wird von der Bereitschaft der Deutschen abhängen, eine Politik für eine alternde Bevölkerung zu unterstützen. Investitionen in Erziehung, Ausbildung, berufsbegleitende Weiterbildung, in Wissenschaft und Forschung, in unsere Sprache, Kultur und Kunst und in die Bildung von Kapital dies unter Verzicht auf immer umfassendere staatliche Betreuung – müssen die heutigen und zukünftigen Prioritäten bestimmen. Das betrifft auch die Ausstattung der zukünftigen Hauptstadt Berlin.

Die Meinungsbildung im Land zur neuen Berlin Frage darf deshalb nicht mehr zu lange dauern. Berlin braucht Klarheit, und die Hauptstadt braucht sie jetzt! Darum drängt die Deutsche Nationalstiftung mit ihren Mitteln. Pfadfinder, Vorbild und Repräsentant der Nation wird Berlin nur sein, wenn es als Kapitale Ort der Initiative und Forum einer neuen, der alternden Nation gemäßen Politik wird und sich als Metropole den revolutionären Veränderungen unseres Lebens als Nation deutlicher stellt als der Gesamtstaat. Auf diese Weise kommt Berlin Deutschland als Ganzem zu Gute als eine Stadt, in der auch unsere Enkel gerne leben, weil sie Antworten auf die Herausforderungen der Zukunft bietet.

Um die notwendigen Entscheidungen herbeizuführen, bedarf es eines detaillierten Fahrplans, Er sollte sich an folgenden Rahmenbedingungen orientieren:

- Differenzierung und Klärung der Alt-schulden Berlins und ihres Schicksals möglichst bald, spätestens 2005. Nur so kann Berlin zeigen, was es selbst erfolgreich zu leisten in der Lage ist. Erst dann sinkt die Gefahr, die Diskussion über Berlin stets „finanzlastig“ zu führen.

- Klärung der Frage, ob und unter welchen Bedingungen eine Fusion Berlins und Brandenburgs 2006 in Angriff genommen oder ob darauf verzichtet werden soll.
- Der Solidarpakt 11 tritt im Jahr 2005 in Kraft. Seine Konkretisierung - auch soweit es um Berlin geht - ist noch nicht abgeschlossen. Die ab 2009 einsetzenden Degressionen müssen, auch soweit es um Berlin geht, genau definiert werden.
- Die EU Strukturmittel der Ziel-1- Förderung fallen ab 2006 weg bzw. werden nur in erheblich geringerem Maße zur Verfügung stellen. Dies wird einschneidende Konsequenzen für Berlin und für den ostdeutschen Wirtschaftsraum als Ganzes haben. Wie soll darauf reagiert werden?

Die Deutsche Nationalstiftung will dazu beitragen, dass die Berlin Frage vor

diesem Hintergrund im ganzen Land weiter erörtert wird. Wir müssen uns sine ira et studio damit befassen, was wir von unserer Hauptstadt erwarten. Angesichts der Veränderungen der Wirklichkeit, die das Land schon in naher Zukunft erfahren wird, ist die Frage erlaubt: Sollten wir unsere Hauptstadt nicht dazu nutzen, um hier beispielhaft zu zeigen, an was wir arbeiten, wo wir unsere Kompetenzen sehen, was wir erreicht haben, aber auch, was noch nicht erreicht ist? Welche Prioritäten wir gesetzt haben, wie wir sie sehen, aber auch, wie wir gesehen werden wollen? Wo wir national wie international hinwollen? Gelänge dies, können auch überzeugte Föderalisten unsere Hauptstadt als solche begreifen und sie in Gebrauch nehmen. Dann werden auch sie Berliner aus Überzeugung sein.